

⇒ Michael Schäfers

Literaturreport Grundeinkommen

Positionen im Widerstreit

»(...) immer noch hat man den Eindruck, dass das Konzept eines garantierten Grundeinkommens alle zwei Jahrzehnte neu erfunden wird.

Dies ist der Steigerung des sozialwissenschaftlichen Reflexionsniveaus bei der Befassung mit dem Thema nicht unbedingt förderlich.«

(Vobruba 2007, 72)

⇒ 1. Zur Großwetterlage: Einleitende Bemerkungen

Wer in den letzten Monaten eines der großen »Event-Buchkaufhäuser« regelmäßig besuchte, konnte feststellen: Veröffentlichungen zum Thema Grundeinkommen erobern Zentimeter für Zentimeter die Verkaufsregale. Und selbst ein Bestseller war zu verzeichnen. Götz Werner, Chef der Drogeriemarktkette DM und vehementer Verfechter eines bedingungslosen Grundeinkommens, füllt bei Autorenlesungen Säle, die sonst eher Autoren wie Günter Grass und Martin Walser vorbehalten waren. Die »Polit-

diskussion« mit Verfechtern und Gegner eines allgemeinen Grundeinkommens à la Werner und Co. gleichen mittlerweile ehemals traditionellen Versammlungen von Parteianhängern, auf denen es noch um »echte ideologische Auseinandersetzungen« geht. Politische Diskussionen ziehen in die »Büchertempel« ein. Die-

Werner, Götz W. (2007): Einkommen für alle, Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Vanderborght, Yannick; Van Parijs, Philippe (2005): Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags, Frankfurt, New York: Campus.

Vobruba, Georg (2007): Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Das Grundeinkommen in der Arbeitsgesellschaft, Wiesbaden: VS.

Bischoff, Joachim (2007): Allgemeines Grundeinkommen – Fundament für soziale Sicherheit?, Hamburg: VSA.

Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt – Österreich; Netzwerk Grundeinkommen – Deutschland (Hg.) (2006): Grundeinkommen – in Freiheit tätig sein. Beiträge des ersten deutschsprachigen Grundeinkommenskongress, Berlin: Avinus.

Exner, Andreas; Rätz, Werner; Zenker, Birgit (Hg.) (2007): Grundeinkommen – Soziale Sicherheit ohne Arbeit, Wien: Deuticke.

ses unmittelbare personifizierte »Polit-Event« kann durch keine Schnelligkeit des Lieferservices per Internet wettgemacht werden.

Unter dieser Oberfläche der Kommerzialisierung der Grundeinkommensdiskussion durch zwei große Verlage verbirgt sich aber eine durchaus ernst zu nehmende Wiederbelebung der zwischenzeitlich – seit Mitte der 1980er Jahre – ins Koma gefallenem Auseinandersetzung mit philosophischen, sozialtechnokratischen und sozialstaatsreformerischen Ansätzen zur Einführung eines (allgemeinen) Grundeinkommens. Nach der ersten Hochphase der Grundeinkommensdiskussion Anfang bis Mitte der 1980er Jahre (vgl. z.B. Büchele/Wohlgenannt 1985; Opielka/Vobruba 1986; Schmid 1984) in den sozialwissenschaftlichen Fakultäten der Hochschulen, aber nicht nur dort, sondern insbesondere auch in der politischen Öffentlichkeit geführt durch die damals frisch gegründete Partei »Die Grünen«, die sich als Weiterführung, Reformspitze und politische Etablierung der neuen sozialen Bewegungen interpretierte und mit der Forderung nach einer »bedarfsorientierten Grundsicherung« bzw. eines Grundeinkommens (vgl. Opielka/Zander 1988) zum Schreck der »deutschen Arbeitsmoral« avancierte, dämmerte die Diskussion anschließend allenfalls in Fachkreisen vor sich hin, bevor sie seit nunmehr einigen Jahren wiederum eine breite(re) Öffentlichkeit erreicht und selbst die CDU sich – vom Reformmodell der Solidarischen Bürgerversicherung des Ministerpräsidenten des Landes Thüringen Dieter Althaus (vgl. Borchard 2007) getrieben – zu Grundeinkommensvorstellungen verhalten muss.

Und ein modernes Design für die laufende Diskussion liefert der Zukunftsforscher Horst W. Opaschowski (2007) auch gleich mit: Per Umfrage hat er feststellen lassen, dass der Begriff »Existenzgeld« eher von der bundesrepublikanischen Bevölkerung akzeptiert wird als der des »Grundeinkommens«. Auf dem letzten Platz gar landet der von Dieter Althaus präferierte Begriff »Bürgergeld« (ebd., 106). Gleichzeitig hat die Umfrage ergeben, dass 580 Euro des minimalen Existenzgeldes auf die breiteste Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen würden (ebd., 139). Der Verdienst des

Hamburger Zukunftsforschers liegt zweifelsohne darin, dass er die Diskussion durch empirische Befunde im Hinblick auf Meinungen und Überzeugungen der bundesrepublikanischen Bevölkerung zu erden versucht, also »Anschlussfähigkeit« an die öffentliche Meinung gewinnt und damit auf einen »Mangelzustand« der Diskussion über das Grundeinkommen - nämlich das oftmals ausgeblendete »Akzeptanzproblem« - verweist, aber: Warum noch weiterdiskutieren und reflektieren, wenn per »Ted« des Volkes Meinung eindeutig ist? Es bleibt noch die lästige Frage der politischen Implementierung und Umsetzung, selbst dann, wenn die bundesrepublikanische Bevölkerung sich mehrheitlich für eine Sicherung des Existenzminimums – in welcher Form und Höhe auch immer – ausspricht. Dass die Politik der Meinung des Volkes folgt, ist selbst in der Demokratie kein Automatismus.

Vobruba kann also nur zugestimmt werden, wenn er in der neuesten Diskussion zum Grundeinkommen gegenüber der der 1980er Jahre »viel stärker kampagnenartige Züge« (Vobruba 2007, 180) konstatiert.

Also: es ist »Musik in der Sache«. Es stellt sich die Frage, ob eine Weiterentwicklung des Diskussionsthema »Grundeinkommen« zum Bewegungs- und nunmehr zum Politikthema ansteht (vgl. ebd., 7)? Man wird abwarten müssen, ob dies geschieht und wenn ja, welche Breitenwirkungen und – das Entscheidende – welche Ergebnisse in der politischen Debatte zu verzeichnen sein werden. Eine »Thüringer Schwalbe« macht bekanntlich noch keinen Sommer.

Die in weiten Teilen ideologisierte Diskussion ist jedenfalls auch in der (politischen) Öffentlichkeit eröffnet, wobei sich – soviel sei vorab bemerkt – die Gräben der Diskussion in den 1980er Jahren kaum verschoben haben: Auf der einen Seite die Verfechter einer konsequenten Befreiung des Menschen *in* der Erwerbsarbeit durch eine entsprechende politische und ökonomische Staatssteuerung mit der Hauptforderung nach durchgreifenden Arbeitszeitverkürzungen, um mit diesem als vorrangig angesehenen

Mittel Vollbeschäftigung zu erreichen, und auf der anderen Seite diejenigen, die die Befreiung des Menschen *jenseits* der Erwerbsarbeit vorantreiben wollen, also für eine verstärkte Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Einkommen plädieren und im allgemeinen Grundeinkommen hierfür ein probates Mittel sehen.

Es geht also – zumindest in weiten Teilen der Publikationen – um eine Wiederaufnahme des bereits damals geführten »Freiheitsdiskurses« unter den verschärften Vorzeichen von »Hartz IV«, einer durchkapitalisierten Ökonomie im »Zeitalter der Globalisierung« (»Raubtierkapitalismus«), die die »Arenen« des menschlichen Lebens nun vollends zu besetzen droht und Erwerbsarbeit nun (endgültig) dem unmittelbaren Marktradikalismus und Wettbewerbsprinzip – bei gleichzeitigem Schwinden kollektiver Interessenvertretungen (insbesondere Gewerkschaften) und des »sozialstaatlichen Klassenkompromisses« - unterwirft.

Zumindest in dieser Analyse ist sich ein Großteil der Publikationen einig. Die Analyse ist unstrittig, der Ausweg aus dem Dilemmata höchst umstritten. Gerade das macht die Literatur zum Thema »Grundeinkommen« spannend: Denn es geht um ein Thema, das die Auseinandersetzung lohnt und zur eindeutigen Positionierung herausfordert.

Der Hinweis auf die erste Hochphase der Diskussionen zum Grundeinkommen in den 1980er Jahren sollte somit keine Enttäuschung hervorrufen oder gar »Veralterung« anzeigen, sondern eher als Indiz dafür gewertet werden, dass Politikgestaltung weiterhin das »Bohren dicker Bretter« bedeutet und nicht alle Literatur unbedingt der Schnelllebigkeit des Buchmarktes geopfert werden sollte, sondern es sich durchaus lohnt, die Regale nach älteren Veröffentlichungen zu durchforsten, die nicht allein deshalb schon überholt sind, weil sie mehr als 20 Jahre Ruhezeiten hinter sich haben. Erwähnt sei noch, dass der »gute, alte Marx« wieder fröhliche Urstände als »Referenz-Pol« und »Legitimationslieferant« feiert, natürlich in verschiedenen interpretativen Zugängen und Deutungen. Wie sollte es auch anders sein. Die



Zeitlosigkeit mancher Diskussionen und (orthodoxer) Interpretationsmuster entsteht gerade aus Deutungsnotwendigkeiten innerhalb (scheinbar) aktualisierter Kontexte. Soviel der Vorbemerkungen. Schauen wir näher hin.

⇒ 2. Literatur zum Grundeinkommen: Eine Positionsbestimmung

Die im Folgenden besprochenen Publikationen sind deshalb ausgewählt worden, weil sie die Bandbreite der Diskussion und unterschiedliche Positionierung im deutschsprachigen Raum (exemplarisch) widerspiegeln bzw. verdeutlichen. Ausgewählt wurden für den vorliegenden Literaturreport vier Einzelpublikationen und zwei Sammelbände, die jeweils in den letzten beiden Jahren erschienen sind.

⇒ 2.1 Götz Werner: Sinnvolle Arbeit als »Freelancer«?

Auch unter populistischen Gesichtspunkten soll hier den Anfang der Bestseller von Götz W. Werner, *Einkommen für alle*, machen. Seine Vorträge beginnt Götz Werner oftmals mit folgendem dem Zitat von Albert Einstein: »Was ist das für eine Welt, in der es leichter ist, ein Atom zu spalten, als ein Vorurteil?« Werners Buch ist ein Plädoyer gegen die Vorurteile, die gegenüber einem bedingungslosen Grundeinkommen herrschen und die er durchbrechen will. Nicht um technokratische Lösungen oder gar um die Vorstellung eines konkreten Finanzierungsmodells geht es ihm, sondern um eine argumentative Herleitung, um normative und rationale Begründungszusammenhänge, die für ein Grundeinkommen sprechen. Die Produktivitätsfortschritte, verbunden mit großen Rationalisierungsschüben, haben – so seine analytische Ausgangsposition – zu »einem drastischen Abbau des Arbeitsvolumens geführt« (Werner 2007, 25). Verfestigte Arbeitslosigkeit ist die Folge. Vollbeschäftigung im klassischen Sinne (alle Menschen, die wollen, bekommen einen bezahlten Arbeitsplatz) kann nicht mehr erreicht werden.

Von unserem Denken her und hinsichtlich der wirtschaftlichen Organisation bleiben wir trotz dieser einschneidenden Veränderungen an den Vorstellungen einer Mangelwirtschaft orientiert. Obwohl der Überfluss längst Realität ist (vgl. ebd., 42), bleiben wir »auf Knappheit geeicht« und dem »Prinzip der Selbstversorgung« (ebd., 47) verhaftet. Die Folge ist ein antiquiertes Denken:

Unsere Überzeugung, Einkommen könne nur aus Arbeit entspringen, weshalb im Prinzip jeder einen Erwerbsarbeitsplatz brauche, erweist sich somit als das letzte Residuum einer Selbstversorgungsmentalität, die längst obsolet geworden ist (ebd., 54).

Dass die erwerbsarbeitzentrierte Gesellschaft Einkommen an Arbeit knüpft, führt in Konsequenz zu einer unzulässigen Verengung dessen, was Arbeit ist: »Wir halten nur Erwerbsarbeit für Arbeit. Das ist der allergrößte Unfug« (ebd., 64). Götz Werner plädiert dafür, dass wir uns aus der Reduktion von Arbeit auf Erwerbsarbeit befreien und sinnvolle Arbeit, die »Lebensintention, Fähigkeit und gesellschaftlichen Nutzen« (ebd., 65) in sich vereinigt, in den Mittelpunkt stellen. Im Rekurs auf das Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg (Mt 20) stellt Götz Werner fest: »Wir brauchen Arbeit, weil wir unsere Talente und Fähigkeiten entfalten wollen. Dabei wollen wir in dem, was wir tun, zugleich einen Sinn sehen und eine Befriedigung finden. Ein Einkommen dagegen brauchen wir schlicht, um zu überleben« (ebd., 65). Und darum geht es Götz Werner: Durch ein Grundeinkommen sollen Potenziale sinnvoller Arbeit für den Einzelnen und die Gesellschaft sowie Freiheit auf allen Seiten erschlossen werden.

Und genau bei dieser Freiheitsvorstellung des Autors beginnt das Unbehagen. Werner schwebt »ein Volk von Freelancern mit Grundeinkommen« (ebd., 80) vor. Befreit von den grundlegenden Existenzsorgen durch das Grundeinkommen eröffnet sich dem Einzelnen eine neue Freiheit, können in Konsequenz historisch

erkämpfte soziale Bindungen und der sozialstaatliche »Klassenkompromiss« zumindest teilweise ausgesetzt werden:

In dem Moment, wo die Bürger Freelancer sind, muss sich auch ein Arbeitgeber nicht mehr in dem Maße an einen Arbeitnehmer gebunden fühlen. Es entsteht also nicht nur aufseiten der Arbeitnehmer eine viel größere Flexibilität, auch die Arbeitgeber können mehr ausprobieren, wagen, denn sie haben den Mitarbeiter ja nicht mehr auf Gedeih und Verderb auf der Gehaltsliste, wenn sie ihn einmal eingestellt haben. Die Beweglichkeit ermöglicht eine andere Spontaneität auf beiden Seiten (ebd., 80).

Götz Werners Grundeinkommen eröffnet »freie Fahrt dem Kapital« durch zumindest angestrebte völlige Flexibilisierung der Beziehung zwischen lohnabhängig Beschäftigten und Arbeitgeber. Asymmetrische Macht- und Herrschaftsverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit, strukturelle ungleiche Voraussetzungen des betrieblichen Arbeitsverhältnisses und des Arbeitsvertrages – ganz zu schweigen von rechtlichen Standards (z.B. Kündigungsschutz), die nach jetzigem Recht einzuhalten wären – können bei der Einführung eines Grundeinkommens außen vor bleiben. Zugespitzt formuliert: Die Besonderheiten des Arbeitsverhältnisses und Machtfragen werden durch das individuelle und individualisierende Grundeinkommen abgegolten. Sie werden aus betrieblichen Zusammenhängen externalisiert. Arbeitsverträge werden – soweit sie denn überhaupt noch notwendig sind – ein Handlungsakt der Spontaneität. Gleichzeitig kann menschliche Arbeit erheblich verbilligt und »damit wieder attraktiv« (ebd., 80) gemacht werden – so Werner. Attraktiv für wen? Unter welchen Umständen? – so wird man fragen dürfen.

Das Grundeinkommen – finanziert über eine ausschließliche Besteuerung des Konsums – stellt nach den Vorstellungen des DM-Chefs zudem einen Zustand der Ruhe zwischen Kapital und Arbeit her: »Mit dem Grundeinkommen lassen wir die Menschen in Ruhe arbeiten, nämlich frei von Existenzangst. Mit der Konsumbesteuerung lassen wir das Kapital in Ruhe arbeiten, nämlich frei

von Zugriffen (...)« (ebd., 178). Das spannungsgeladene Verhältnis von Kapital und Arbeit ist endgültig – ausgehend von anthroposophischer Grundlehre – aufgelöst, denn: »Arbeit und Kapital sind geistige Phänomene. Sie sind nicht irgendwo in der Welt vorfindbar, sie wirken erkennbar in der Welt« (ebd., 179).

So sehr man Götz Werner auch Sympathie entgegenbringen mag: Das Reich der Harmonie wird auch unter dem neoliberalen Vorzeichen der völligen Befreiung des Kapitals durch ein Grundeinkommen nicht ausbrechen. Im Gegenteil: Mit dem Aussetzen bisher erreichter Konfliktregelungsmechanismen dürften Konflikte zunehmen. Der mittelalterliche Freelancer war ein vagabundierender Lanzenträger, bewaffnet, um sich als Söldner gegen Geld in Dienst nehmen zu lassen. Er war kein »friedlicher Zeitgenosse« und selbst der Heerführer Wallenstein hatte seine liebe Mühe mit den wilden Horden, die plünderten, wenn sie keinen ausreichenden oder gar keinen Sold erhielten. Die historische Vorlage des »Freelancer-Daseins« sollte uns eher eine Warnung sein, erreichte arbeits- und sozialrechtliche Standards und zivilisierte Konfliktregelungsmechanismen nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen, auch um des sozialen Friedens willen. Als Vorbild und Lackmuster für eine neue Freiheit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern taugt sie nichts.

Götz Werner geht es um zweierlei: Die Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Einkommen durch ein Grundeinkommen und (damit) die Entkoppelung von Arbeitnehmer und Arbeitgeber, deren Verhältnis zum reinen Lohnverhältnis degradiert wird. Die erste soll die zweite ermöglichen.

Was für das unmittelbare auf der Zahlung des Grundeinkommens aufbauende freie Arbeitsverhältnis zutrifft, gilt analog für den Arbeitsmarkt, der zu einem wirklichen Markt wird:

Mit Grundeinkommen und ohne Abgabelast wäre der »Arbeitsmarkt« sofort viel flexibler, beweglicher und risikofreudiger, denn ein Unternehmen wäre nicht mehr gezwungen, sich mittels vielfach abgesicherter Arbeitsverträge

an einen Mitarbeiter zu ketten. Und was noch viel wichtiger ist: Kein Mensch müsste sich andersherum mit Heulen und Zähneknirschen an einen Arbeitsplatz und den dazugehörigen Chef ketten oder ketten lassen. (...) Jeder Mensch kann sich sozusagen nur noch selbst unter Druck setzen (ebd., 193).

Nach Götz Werner tritt durch die Einführung des Grundeinkommens und die Abschaffung der Einkommens- und Lohnsteuern (bei gleichzeitiger Umstellung auf eine reine Konsumbesteuerung) eine »Win-Win-Situation« für Arbeitnehmer, Verbraucher, Unternehmen, Staat, Umwelt, Deutschland als Standort im internationalen Wettbewerb usw. (vgl. ebd., 193, 195ff, 203, 205, 210) ein, die nicht zuletzt durch das Konsumsteuersystem zu mehr Gerechtigkeit führt, denn dieses »eröffnet ungeahnte Möglichkeiten, reiche Müßiggänger und Prasser so richtig zu schröpfen. Und das Allerbeste ist: Sie haben praktisch überhaupt keine Möglichkeit mehr, Steuern zu hinterziehen oder auch nur zu optimieren« (ebd., 213).

Das viele seiner Behauptungen und (Folge)Abschätzungen zu den Vorteilen entscheidend von der finanzielle Höhe des Grundeinkommens abhängen, dessen ist sich auch Götz Werner bewusst. Dennoch bleiben die Aussagen zur Umsetzung, Gestaltung und Höhe des Grundeinkommens im Buch wage. Götz Werner ist hier vorsichtig. Der Prozess zur Umsetzung eines Grundeinkommens wird – so seine Aussage – »in vielen Schritten und über viele Jahre, vielleicht sogar einige Jahrzehnte« (ebd., 209) erfolgen müssen. In Interviews und Gesprächen nennt Götz Werner einen Einstieg bei 800 Euro Grundeinkommen, das dann schrittweise auf 1500 Euro erhöht werden soll (vgl. Porstmann 2007, 65). Wie bei allen Grundeinkommensmodellen sagt die Höhe der Zahlungen aber noch nichts über das faktische Nettoeinkommen, das real zur Lebensführung zur Verfügung steht, aus. Welche bisherigen (sozial)staatlichen Transferleistungen werden aufgegeben bzw. integriert? Geht die Einführung des Grundeinkommens mit einem Abbau bzw. einer Einschränkung der öffentlichen Infrastruktur und öffentlicher Dienstleistungen einher? Astrid Kraus (2007, 69) warnt

zu Recht vor Summen, die nicht im Kontext dieser Fragen verifiziert werden können:

Nicht jede Form des Grundeinkommens hilft tatsächlich denen, für die es gedacht ist, im Gegenteil. Gerade vermeintlich attraktive Modelle, die im ersten Schritt hohe Transferleistungen an einen breiten Kreis gewährleisten, entpuppen sich bei näherem Hinsehen als Mogelpackung, die letztendlich auf eine Entlastung der Arbeitgeber hinauslaufen.

Götz Werner (2007b) hat angekündigt, ein neues Buch zur detaillierten Klärung dieser Fragen mit entsprechenden Modellrechnungen nachzuliefern.

Fazit: Beeindruckend ist die Führungs- und Unternehmensphilosophie, die der Unternehmenspraktiker Götz Werner in seinem Buch beschreibt. Damit hat er sich im eigenen »Unternehmenslager« nicht gerade Freunde gemacht. Denn die Kritik ist harsch, wenn es etwa Unternehmen bescheinigt, den Paradigmenwechsel nicht zu begreifen, oder Managern und Unternehmen erfrorenes und erstarrtes Denken (vgl. ebd., 107) vorwirft. Das ist mutig in Zeiten, in denen Unternehmensführung sich auf Kostensenkung, Wettbewerbsverbesserung und Effektivierung als *Mainstream* reduziert und abweichende Positionen durch Lächerlichkeit und Ignoranz abgestraft werden. Das Etikett des Utopisten (im guten Sinne) hat sich Götz Werner in dieser Hinsicht wahrlich verdient. Auch die volks- und betriebswirtschaftliche Ebene, Makro- und Mikroökonomie systematisch zusammenzudenken, Folgen für beide Bereiche aufzuzeigen, verdient Anerkennung. Ebenso das Ziel, der menschlichen Arbeit ihren (anthroposophischen) Sinn und ihr menschliches Maß zurückgeben zu wollen; ebenso die Situierung des (arbeitenden) Menschen als soziales Wesen in historischen und sozialen Bezügen; ebenso die Kritik an einem rein funktionalistischen Marktverständnis.

Dennoch: Es bleibt ein eigenartiger Zwiespalt beim Lesen des Buches. Der Unternehmer Götz Werner und der Philosoph und Wirtschaftsreformer Götz Werner komme sich in die Quere. Nicht

Unstimmigkeiten und Widersprüche sind es, die der Leserin bzw. dem Leser den Zwiespalt bescheren, sondern die Unbestimmtheit und Radikalität gleichermaßen, die zwischen Begeisterung und Ratlosigkeit, zwischen Realitätssinn und Wünschenswertem, zwischen Folgenabschätzung und Risikobereitschaft schwanken lassen. Dass es den Arbeitslosen nicht an Arbeit, sondern an Geld fehle, dass Arbeitszeitverkürzung nicht zu mehr Freiheit, sondern zu mehr Freizeit führe – all diese Aussagen deuten auf ein dichotomisches Denken hin: »Entweder oder« – statt – »sowohl als auch«? Was nützt Komplexitätsreduktion, wenn sie zur Vereinseitigung führt? Arbeitssuchende brauchen Arbeit und Einkommen, Freizeit kann Befreiung sein. Neudeutsch: Es kommt darauf an, was man daraus macht.

Es gibt vier Mängel, vier Kardinalssünden in unserem Wirtschaftssystem: Die erste besteht darin, dass wir Geld wie eine Ware betrachten, die zweite, dass wir Grund und Boden wie Ware betrachten, die dritte, dass wir Unternehmen wie Waren behandeln, und die vierte und wohl folgenschwerste, dass wir Arbeit wie Ware betrachten. Arbeit ist aber an Menschen gebunden, kann also keine Ware sein. Grund und Boden können schon deshalb keine Waren sein, weil sie nicht beliebig vermehrbar sind. Und das liebe Geld schließlich hat keinen unmittelbaren Gebrauchswert. Da wir diese drei Phänomene aber mental auf die gleiche Stufe wie die Güter und Dienstleistungen gestellt haben und von Geldmarkt, Immobilienmarkt und Arbeitsmarkt reden, stehen wir in der Falle (ebd., 163).

Richtig, Herr Werner! Aber wie verträgt sich das mit einer Idealisierung des »Freelancer-Daseins« und der faktisch gegebenen Machtasymmetrie von Arbeit und Kapital, die durch die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens nicht aufgelöst, sondern – das sei zugestanden – gemildert, allenfalls gelockert würde, aber eben nur unter bestimmten Umständen, z.B. den Umständen, dass die Höhe des Grundeinkommens mehr sichert als nur das Existenzminimum und erreichte Konfliktregelungs-



mechanismen nicht außer Kraft gesetzt werden. Auf *diese* Umstände kommt es an.

⇒ 2.2 Yannick Vanderborght und Philippe Van Parijs: Ein Buch der Fragen und der Detailanalyse

Yannick Vanderborght und Philippe Van Parijs, die beiden Professoren an der Katholischen Universität Louvain, beschäftigen sich schon seit vielen Jahren mit der Idee und der Umsetzung eines Grundeinkommens. In ihrem Buch mit dem Titel »Ein Grundeinkommen für alle?« (Vanderborght/ Van Parijs 2005) stehen vier Hauptfragen zum Grundeinkommen im Vordergrund, die die Publikation entsprechend gliedern: Eine neue Idee? Eine vielfältige Idee? Eine gerechte Idee? Eine Idee für die Zukunft? Diese Fragen werden detailliert, kenntnisreich und zielgenau beantwortet.

Im *ersten Kapitel* leisten die Autoren eine historische Vergewisserung der Idee eines »allgemeinen Grundeinkommen (...), das von einem politischen Gemeinwesen an alle seine Mitglieder ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Gegenleistung individuell ausbezahlt wird« (ebd., 14) – so ihre Ausgangsdefinition. Dabei wird die Idee des Grundeinkommens in Beziehung gesetzt zu (moral)philosophischen, theologischen und gesellschaftsutopischen Reformvorschlägen zur Gestaltung des sozialen Zusammenlebens und zu ordnungspolitischen Überlegungen der »Arbeits- und Armenpolitik«. Die Entwicklung an den 1980er Jahren u.a. in Dänemark, den Niederlanden, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und – dem vielzitierten Dividendenmodell – in Alaska wird ebenso referiert wie die des »Basic Income Earth Network« (vgl. ebd., 14-36). Dadurch wird gezeigt: Die Grundeinkommensidee kann auf recht unterschiedliche »Traditionsbestände« verweisen, die sowohl in Herleitung, Begründung und Konkretisierung erheblich voneinander abweichen. Eine kritische Selbstvergewisserung dieser Traditionsbestände ist also bei jeder Grundeinkommensdiskussion heute angesagt.

Im zweiten Kapitel werden unterschiedliche Kriterien quer zu bestehenden Modellen analysiert, z.B. Auszahlungsmodus, Anspruchsberechtigung, Auszahlungshöhe, Anrechnungen, Bedürftigkeitsprüfung usw. Das Interessante an dieser »Erschließungsarbeit« ist, dass nicht einzelne Modelle auf dem Prüfstand stehen, sondern ein diachroner Kriterienkatalog entwickelt wird, der auf verschiedene Modell angewandt und mit Präferenzen versehen werden kann. So entsteht etwa ein detailliertes Bild und eine fundierte Analyse der »negativen Einkommenssteuer«, der als Modell in der internationalen Diskussion eine besondere Bedeutung beigemessen wird.

Ist ein garantiertes Grundeinkommen nun gerecht oder nicht? Diese Frage erhitzt immer wieder – so auch in der laufenden Diskussion – die Gemüter. Yannick Vanderborght und Philippe Van Parijs verteidigen den Gerechtigkeitsanspruch des Grundeinkommens, indem sie u.a. – ausgehend von Gerechtigkeits- und Gleichheitskonzeptionen (z.B. Rawlsschen Theorie) - »gezielte Transferleistungen zugunsten von Personen, die unter bestimmten Benachteiligungen leiden« (ebd., 97), als kompatibel mit Gerechtigkeits- und Gleichheitsvorstellungen der (moderner) Gesellschaft ausweisen. Dabei treten sie dem in der Literatur immer wieder anzutreffenden Argument einer überspitzten »Arbeitswertlehre« entgegen, dass die finanziellen Mittel für ein Grundeinkommen ausschließlich aus dem Wertschöpfungsprozess der menschlichen Erwerbsarbeit erbracht werden müssen und ein »Gerechtigkeitsproblem« sich so daraus ergibt, dass ein Grundeinkommen auch dem »Müßiggänger am Strand von Malibu« zufließt, der sich sozusagen von der Arbeit anderer parasitär nährt:

Diese Beachboys hätten natürlich keinerlei Berechtigung, den Arbeitnehmern auf der Tasche zu liegen, wenn die Produktion des Reichtums einer Gesellschaft ausschließlich durch Arbeit zustande käme und Bodenschätze, technische Innovation, Ausbildung oder Beschäftigungslage dabei keinerlei Rolle spielten. Aber in Wirklichkeit sind diese »freien Güter« für das Funktionieren unsere Ökonomie von

zentraler Bedeutung. (...) Es mag richtig sein, dass der vorsätzlich untätige Malibu-Surfer sein Grundeinkommen nicht ›verdient‹. Andererseits ist dieser Umstand von einem ethischen Standpunkt aus nicht von der Zufälligkeit und Willkürlichkeit zu unterscheiden, mit der Erwerbsarbeit, Wohlstand, Einkommen und Freizeit in einem oft unterschätzten Ausmaß durch soziale Mechanismen verteilt werden (ebd., 96).

Wie steht es nach Einschätzung der beiden Autoren nun mit der Umsetzbarkeit der Idee des Grundeinkommens? Hier sind die beiden Autoren im Hinblick auf die politische Lage (in einzelnen Ländern) skeptisch, ob und wie Mehrheiten zur Umsetzung organisiert werden können bzw. sich bilden lassen. Zwar hat das allgemeine Grundeinkommen durchaus Teile des politischen Spektrums besetzt, aber ein breiter Konsens zeichnet sich derzeit – so die Einschätzung der Autoren – nicht ab. Als eines der größten Hindernisse ist in der politischen Debatte die Unbedingtheit, also der Verzicht auf das Erbringen von Gegenleistungen bei Erhalt des Grundeinkommens, in Anschlag zu bringen. Zur Überwindung dieser Hürde wird zwar in einigen Modellen eine Koppelung des Bezugs eines garantierten Grundeinkommens an gesellschaftlich nützliche Arbeiten vorgenommen, Yannick Vanderborght und Philippe Van Parijs warnen jedoch vor den damit verbundenen Nachteilen, etwa der Unerlässlichkeit von Kontrollmechanismen und der zu erwartenden Mutation ehrenamtlicher Arbeit. Politikfähiger wird die Idee des Grundeinkommens auch, wenn die Klärung von Finanzierungsfragen weiter vorangetrieben wird. Innerhalb der einzelnen Nationalstaaten gibt es sehr unterschiedliche Steuersysteme (die an mehreren Stellen im Buch aufgezeigt werden), was die Lage in Europa verkompliziert. Den beiden Grundeinkommensbefürwortern schwebt zur Finanzierung eine »europaweite Besteuerung umweltfeindlicher Energien, die in etwa den Umweltkosten entspräche, die durch deren Nutzen entstehen« (ebd., 128), vor. Hierdurch würde sich auch eine globale Perspektive entsprechend des Universalitätsanspruch des Grundeinkommens (für alle Menschen) eröffnen:

»So könnte eine Eurodividende als Modell dienen und den Weg zu einer Dividende für alle Bürger des Globus ebnen« (ebd., 128). Die Autoren gestehen aber zu: »Dass beide gegenwärtig utopisch sind, ändert nichts an der Tatsache, dass die damit verbundenen Möglichkeiten und Probleme dringend untersucht werden sollten. Nur wenn wir heute kohärente Strategien entwickeln und gangbare Wege aufzeigen, können wir morgen vielleicht die Gelegenheit beim Schopfe packen und uns auf einen dieser Wege vorwagen« (ebd.).

Fazit: Beiden Autoren geht es um intellektuelle Redlichkeit in der Auseinandersetzung um das bedingungslose Grundeinkommen. Gerade darin unterscheidet sich die Publikationen von vielen anderen Veröffentlichungen, in denen (vordergründige) Pro-Argumente kritiklos rezipiert, unhinterfragt übernommen werden. Claus Offe bezeichnet das Buch in seinem lesenswerten Nachwort zutreffend als »gedrängtes Kompendium der Idee des allgemeinen Grundeinkommens« (ebd., 131). Seine Stärke liegt darin, dass es für die Idee des Grundeinkommens Anknüpfungspunkte an bereits vorgenommenen Reformen und die sozialstaatliche Entwicklung in den einzelnen Ländern vornimmt und damit zeigt, dass die Frage der Umsetzung des Grundeinkommens keine nach »Alles« oder »Nichts« ist, sondern der politischen Anschlussfähigkeit bedarf, die zumindest in einzelnen Ländern gegeben ist. Die sehr akribisch ausgearbeiteten Fragen der Finanzierung und ihrer (möglichen) Verteilungswirkungen sind zudem lesenswert. Die Publikation verankert darüber hinaus eine gewisse Offenheit zum Thema: Das schnelle Urteil ist für die Leserin bzw. den Leser nicht zu haben, allenfalls nach einer redlichen Auseinandersetzung mit den Argumenten der beiden Autoren. Sie weisen auf Mängel der Diskussion hin, um ein Arbeitsprogramm zu formulieren, etwa für sozialetische Diskurse bzgl. der Frage, wie die Vorrangstellung der Güter dieser Erde zur Lebenssicherung aller unter den gegebenen Bedingungen eingelöst werden kann. Yannick Vanderborght und Philippe Van Parijs suchen den Diskurs und auch der ist für sie eine Frage intellektueller Redlichkeit. Claus Offe bemerkt in seinem Nachwort:



Politische Innovationen müssen nicht nur Gerechtigkeitsargumente auf ihrer Seite haben, sondern auch situations- und problemadäquat sein; sie müssen nicht nur gut gemeint, sondern auch hinreichend intelligent sein. Unter diesem Kriterium der funktionalen Problemlösungskapazität scheidet der Vorschlag des allgemeinen Grundeinkommens ausgesprochen gut ab (ebd., 144).

Auch dank dieses Buches – wird man hinzufügen können.

⇒ 2.3 Georg Vobruba: Die Entwicklung eines kritischen Denkens zum Grundeinkommen

Die Grundthese der Aufsatzsammlung »*Entkoppelung von Arbeit und Einkommen*« von Georg Vobruba (2007), Professor am Institut für Soziologie an der Universität Leipzig, lässt sich in wenigen Sätzen klar positionieren: Die Entkopplung von Arbeit und Einkommen findet statt. Nur: Sie wird nicht politisch gestaltet, sondern dem ökonomischen Primat bzw. Diktat unterstellt. Eine Möglichkeit der politischen Gestaltung wäre ein Grundeinkommen. Schon in diesen wenigen Zeilen deutet sich an, dass das zentrale Thema des Autors das Verhältnis von Arbeit und Einkommen ist. Grundeinkommen ist ein »bedingtes« Thema, das durch die geänderten Konditionen der Arbeitsgesellschaft auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Jenseits aller inhaltlichen Positionierung bietet das Buch durch die Aufsatzzusammenstellung von 1980 bis heute die Möglichkeit, die Entwicklung der Behandlung des Themas anhand eines Autors zu verfolgen. Es ist sozusagen ein Stück »exemplarische Zeitgeschichte«, um Veränderungen der Denkströmungen und der vorrangigen »Zeitthemen« zur Entwicklung der Arbeitsgesellschaft im Zeitraffer sich vergegenwärtigen zu können.

Vobrubas vorrangiger Blick gilt in fast allen Aufsätzen dem »Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft« und der sich daraus ergebenden Konsequenzen. An mehreren Stellen wendet sich der Soziologe gegen die These vom »Ende der Arbeitsgesellschaft«,

die lange Zeit (in einigen Publikationen bis heute) als Begründung für ein garantiertes Grundeinkommen herhalten musste. Demgegenüber differenziert Vobruba:

Der Gesellschaft geht (...) keineswegs die Arbeit aus. Dennoch ist die Phase der Vollbeschäftigung vorbei, dennoch sind tiefgreifende Wandlungs- und Anpassungsprozesse zu erwarten (...). Mit ›Vollbeschäftigungsgesellschaft‹ meine ich, dass wichtige Institutionen, etwa das Steuerwesen und die Sozialpolitik (...) auf Vollbeschäftigung in Normalarbeitsverhältnissen aufbauen, und dass das Normalmuster individueller Lebensläufe um abhängige Erwerbstätigkeit zentriert ist. Die Vollbeschäftigungsgesellschaft ist durch Vollbeschäftigung geprägt; das heißt aber nicht, dass tatsächlich Vollbeschäftigung existiert. (...) Gegenwärtig bezieht sich die Vollbeschäftigungsgesellschaft auf eine Fiktion – allerdings auf eine Fiktion mit realen Wirkungen. (...) Das heißt (noch) nicht, dass man sie für endgültig vergangen ansehen muss. Es bedeutet aber, dass man sie als eine Phase in der langfristigen Entwicklung des Verhältnisses von Arbeit und Existenzsicherheit (...) in den Blick bekommt. (...) Vollbeschäftigung ist nicht mehr der Normalzustand (...). Vielmehr wird in der Langzeitperspektive Vollbeschäftigung als eine Phase unter anderen (...) erkennbar. Das eröffnet Möglichkeiten zu neuen Fragestellungen« (ebd., 120, 121).

Eine dieser »neuen Fragestellungen« ist – angesichts der »Unwahrscheinlichkeit der Vollbeschäftigung« (ebd., 121) – für Vobruba das Grundeinkommen. Diese Frage stellt sich zudem aufgrund der »doppelten Krise der Lohnarbeit« (Lohnarbeit ist quantitativ unzureichend sowie qualitativ unzulänglich) umso dringender, wenn davon ausgegangen werden kann, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen kompensatorisch hinsichtlich der Entkoppelung von Arbeit und Einkommen wirkt, also Einkommenssubstitute für ausfallendes Erwerbseinkommen ermöglicht. Die Erwerbsarbeitszentrierung sozialer Sicherungssysteme bzw. die Abhängigkeit weiterer Teile sozialer Trans-

ferleistungen von (vormals) erbrachter Erwerbsleistung verschärfen die Lage dementsprechend, führt also zu einer erhöhten Dringlichkeit der Entkoppelung von Erwerbsarbeit und sozialer Sicherheit.

In seinen Aufsätzen legt Vobruba diese Zusammenhänge dar, rekonstruiert Phasen der Entwicklung der Entkoppelung von Arbeit und Einkommen, beschreibt die Entwicklungen am Arbeitsmarkt, identifiziert die Interessenslagen unterschiedlicher Akteure, kritisiert haltlose (partei)politische Positionen und arbeitet die Zusammenhänge von Arbeit und Armut sowie neue Einkommensmuster (Income Mix) heraus. So entsteht eine Analyse der Arbeitsgesellschaft in ihren vielfältigen Facetten und Entwicklungen. Unsere heutige flexible Arbeitsgesellschaft wird historisch und systematisch »durchdrungen«.

Soviel zur analytischen Ausgangslage. Aber wie sieht Vobruba heute die Diskussion zum Grundeinkommen? Wo und wie positioniert er sich. Die kurze Einführung in das Grunddenken Vobrubas belegt bereits, dass er nicht das Grundeinkommen jenseits der Entwicklungen und Herausforderungen der Arbeitsgesellschaft platziert, sondern als konstitutiven Bestandteil, auch zur Humanisierung und insgesamt zur Qualitätsverbesserung der Erwerbsarbeit. Vobruba wahrt diesen Zusammenhang.

Ihn beschäftigt vorrangig die Frage, wie zielgenaue Argumentationen heute für ein garantiertes Grundeinkommen aussehen müssten, »in denen die erwarteten Effekte eines garantierten Grundeinkommens auf präzise diagnostizierte gesellschaftliche Problemlagen als Beitrag zu ihrer Lösung bezogen werden« (ebd., 191). Vobruba will also einen Beitrag zur Präzisierung der Argumentationen für das Grundeinkommen leisten und dies in erster Linie durch hermeneutische Qualifizierung. In diesem Sinne untersucht Vobruba Argumente der laufenden Grundeinkommensdiskussion. Das »Kaufkraftargument« – durch Grundeinkommen wird die Nachfrage gestärkt – hält er für alle Sozialtransfers für zutreffend, es stellt also kein zielgenaues Argument für ein

garantiertes Grundeinkommen dar. Auch angesichts der verfestigten Massenarbeitslosigkeit dafür zu plädieren, über das Grundeinkommen Einkommensausfälle bei Arbeitslosigkeit zu kompensieren, spricht nach Vobruba nicht unbedingt für die Einführung eines Grundeinkommens, da diese auch durch spezifisch zugeschnittene Sozialtransfers gedeckt werden könnten (z.B. Erhöhung des Arbeitslosengeldes). Erst wenn dieses Argument in systemische Zusammenhänge zur Entwicklung der Arbeitsgesellschaft einrückt, wird es zu einem »Pfund« in der Diskussion für das Grundeinkommen. In Anknüpfung an seine These vom »Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft« führt Vobruba aus:

Erst wenn man das Argument im Sinne eines fundamentalen Strukturwandels der Arbeitsgesellschaft und der umfassenderen These vom »Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft« versteht (...), rückt das Grundeinkommen in den Stellenwert einer alternativlosen Alternative zu dem sich zunehmend erschöpfenden Inklusionspotential des Arbeitsmarktes ein (ebd., 195).

Erst aus diesem Zusammenhang heraus – so der Soziologe – lässt sich das Grundeinkommen in seiner Bedingungslosigkeit erweisen, denn es bricht mit »dem Primat des Arbeitsmarktes als dem dominanten Allokations- und Verteilungsmechanismus« (ebd.). Aber damit beginnt das eigentliche Dilemma der Argumentation erst, denn »das Argument bricht explizit mit der moralischen Grundausstattung der modernen Arbeitsgesellschaft, nämlich der Verpflichtung zu Existenzsicherung durch Arbeit« (ebd.). Es ist nach Vobruba zielgenau als Begründung für ein bedingungsloses Grundeinkommen, aber eben moralisch »hoch voraussetzungsvoll« (ebd., 196).

Ebenso ergeht es dem »Autonomieargument« (durch ein Grundeinkommen Fremdbestimmung aufzuheben und Freiheit zu eröffnen). Denn: Es ist ebenfalls zielgenau für die Begründung eines bedingungslosen Grundeinkommens, stellt aber gleichzeitig hohe Moralanforderungen. Zielgenaue Begründungen führen also in ein »Realisationsdilemma«:

Das Ergebnis lautet: Je zielgenauer eine Argumentation auf das Grundeinkommen hinausläuft, umso höher sind die moralischen Anforderungen, auf die sie rekurrieren muss, um es realisierbar erscheinen zu lassen (ebd.).

Also ist die Durchsetzung eines bedingungslosen Grundeinkommens letztendlich eine Frage der moralischen Ausstattung einer Gesellschaft – so der naheliegende Umkehrschluss. Wäre also konsequent: Da wir noch nicht moralisch reif genug sind, legen wir die Idee doch vorerst einfach zur Seite? Vobruba macht dennoch abschließend Hoffnung:

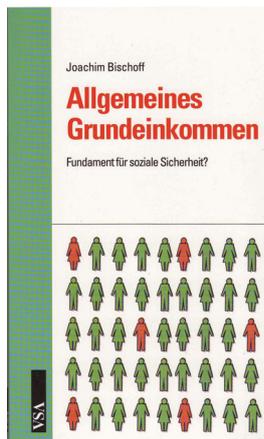
Der Befund, dass die Grundeinkommensidee vor einem Realisationsdilemma steht, ist freilich kein Nachweis der Nichtrealisierbarkeit der Grundeinkommensidee. Eine Differenz zwischen dem Realisationsdilemma und einer strikten Nichtrealisierbarkeit kann sich durch erfolgreiche politische Praxis ergeben (ebd., 201).

Fazit: Ich gebe zu, dass die hier referierte Argumentation Vobrubas zur zielgenauen Begründung für ein bedingungsloses Grundeinkommen mich ratlos zurückgelassen hat. Als Mahnung, bei der Argumentation für ein Grundeinkommen genau hinzusehen und präzise zu sein, mag sie taugen, systematisch ist sie unterentwickelt. Wie verhält sich z.B. Moral zu politischer Praxis? Verlangt das Grundeinkommen als »politisches Projekt« mehr Moral(ität) als andere politische Projekte? Warum – nur aufgrund der systemischen Einordnung zur These vom »Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft«? Worin kann, ja müsste dann die besondere Qualität zielgenauer Grundeinkommensbegründungen liegen? Warum kann die Lücke zwischen Realisation und Nichtrealisierbarkeit durch politische Praxis geschlossen werden? Nicht jede Lücke und jedes Dilemma kann sich in politischer Praxis »auflösen«? Warum ausgerechnet das »Realisationsdilemma« zum Grundeinkommen? Dass die Grundeinkommensdiskussion mit »Moralargumenten« verbunden ist, lässt sich schon bei den klassischen Moralphilosophen nachlesen. Was trägt die Konstatierung des »Realisationsdilemma« zum Grundeinkommen für die Diskussion wirklich Neues bei? Was heißt »Kompatibilität mit

der Moralausstattung der Leute«? Welche Rolle spielt Moral als Steuerungsressource politischer Praxis und worin liegt die besondere Qualifizierung »innerhalb« der politischen Realisation eines Grundeinkommens? Handelt es sich um eine besondere politische Praxis, die unter hohem Moralitätsanspruch steht? Wer könnte da noch bestehen ...?

Die Grundeinkommensdiskussion ist an vielen Stellen um Moral »bemüht«. Positiv verstehe ich Vobrubas Ausführungen als Warnung, gerade in diesen Argumentationszusammenhängen das Denken nicht zu früh einzustellen, auch hier zielgenau zu bleiben. Offen bleiben m.E. systematische Klärungen, die aber der weiteren Verfolgung lohnen. Lohnend scheint mir vor allem die dezidierte Auseinandersetzung mit dem »Autonomieargument« (insbesondere mit der »freiheitsmehrenden Wirkung« eines Grundeinkommens; vgl. Harrich 2007), weil es m.E. in der Frage der Mittelrelationen für die Grundeinkommensdiskussion und der der Abwägung von Alternativen unabdingbar ist und ein »Alleinstellungsmerkmal« in der Argumentation für das Grundeinkommen gegenüber anderen Vorschlägen (etwa bedarfsorientierte Grundversicherung) besitzt.

Zentral bleibt zudem die weitere Auseinandersetzung um Fragen der »Entkoppelung von Arbeit und Einkommen«, also mit der Grundthese Vobrubas. Die Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Einkommen findet täglich statt und ist empirisch nachweisbar. Dabei haben wir es keineswegs unter den Bedingungen der Schwächung des institutionellen »Angebotskartells der Erwerbsarbeit« – spricht der Gewerkschaften –, der sozialstaatlichen Abfederungsmechanismen und der Aushöhlung arbeits- und sozialrechtlicher Standards mit einem linearen Prozess zu tun, sondern mit einer doppelten Bewegung, mit »zwei Gesichtern« der Entkoppelung: Einerseits wird durch die anhaltende Massenarbeitslosigkeit, insbesondere durch die Dauerarbeitslosigkeit, eine *Abkoppelung* von den Kernbeständen der Erwerbsarbeitsgesellschaft (gesichertes Einkommen mit Tarifäquivalent, vorübergehende Desintegration, zeitliche begrenzte Einkommenseinbußen etc.)



betrieben, wobei gleichzeitig der »Scheinzusammenhang« zwischen »vorübergehender Stilllegung« und ausstehender Integration zu wahren versucht wird (Stichworte: Deklaration der Arbeitsfähigkeit; prinzipieller Verfügung für den Arbeitsmarkt selbst für diejenigen, die chancenlos sind), andererseits findet eine Entkoppelung in den unteren Lohnsegmenten (Zunahme der Niedriglöhne, Reallohnverluste der lohnabhängig Beschäftigten) statt, indem das bisherige Äquivalent von Zeit gegen Geld systematisch nach unten dirigiert wird. Und dies bei einer gleichzeitigen Entkoppelung in den oberen Einkommenssegmenten, in denen der »Tausch« von Zeit gegen Geld außer Kraft gesetzt und durch ein Prämien-, Erstattungs- und Abfindungssystem auf der Grundlage rein betriebswirtschaftlicher bzw. börsennotierter Indizes abgelöst wurde. Hier kann nur angedeutet werden: Die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen stellt(e) keineswegs *nur* einen phasenbezogen Prozess dar (vgl. ebd., 32-34), sondern lebt gerade heute von der Ungleichzeitigkeit unterschiedlicher Ab- und Entkoppelungsprozesse. Diese Ab- und Entkoppelungsprozesse verschärfen die soziale Spaltung der Gesellschaft bei gleichzeitiger Vermehrung des kollektiven Reichtums, was auf ein strukturelles Versagen (sozial)staatlicher Umverteilungsmechanismen zurückgeführt werden kann. Das notwendige Gegenrezept einer (staatlicher) Umverteilungspolitik von Erwerbsarbeit und Einkommen ist ebenfalls im Sinne Vobrugas moralisch »besetzt«, aber nicht nur: Es ist eben auch als »vernünftig« auszuweisen. Da sage noch einer, Politik habe nichts mit Moral zu tun...

⇒ 2.4 Joachim Bischoff: Sozialistische Utopie und Grundeinkommen?

Joachim Bischoff hat in den letzten Jahren zahlreiche Publikationen zur Kapitalismuskritik vorgelegt. Der Ökonom ist Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus, die immer wieder die Grundeinkommensdiskussion kritisch aufgegriffen hat (vgl. z.B. Kipping/Blaschke 2005; Kreutz 2005; Schlecht 2006; Zinn 2007). Bischoff (2007) will sich in seinem Buch: »*Allgemeines Grundeinkommen – Fundament für soziale Sicherheit?*« vor allem mit Positionen

auseinandersetzen, die im »linken Spektrum« anzusiedeln sind. Es geht sozusagen um einen »Streit unter Freunden«.

Lässt man die Unmengen an Redundanzen des Buches einmal »links« liegen, formuliert Bischoff im Rückgriff auf Keynes drei zentrale Forderungen als Kern einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die nach seiner Meinung durch die Grundeinkommensvertreter aufgegeben wird:

Im Kern geht es um folgende Schritte:

Erstens: Ausweitung des ›sinnvollen‹ Konsums, Zurückdrängung der Sparquote, Ausweitung öffentlicher Investitionen,

zweitens: Ausbau öffentlicher Güter und Dienstleistungen,

drittens: Arbeitszeitverkürzung in verschiedenen Formen.

Alternative Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik orientiert sich im Gegensatz zur Forderung nach dem allgemeinen Grundeinkommen nach wie vor an der Grundsubstanz der Arbeitsutopie, die im 19. und 20. Jahrhundert der Bezugspunkt aller politisch-gewerkschaftlichen Anstrengungen zur Emanzipation der Lohnarbeit war. Dabei wird von der Überlegung ausgegangen, dass es eine der zivilisatorischen Seiten des Kapitals ist, die Arbeitsproduktivität zu steigern und Surplusarbeit in einer Weise und unter Bedingungen zu erzwingen, die der Entwicklung der Produktivkräfte, der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Schöpfung der Elemente für eine höhere Form der Gesellschaftlichkeit vorteilhafter sind als in früheren Formen (...) (Bischoff 2007, 88-89).

Bischoff diagnostiziert eine Verflüchtigung der Arbeitsutopie und fordert dementsprechend (mit Oskar Negt) eine Rückbesinnung auf diese ein (ebd., 81ff). Einen besonderen Stellenwert weist Bischoff dabei der Forderung nach Arbeitszeitverkürzungen auf der Grundlage einer Vollbeschäftigungskonstellation (vgl. ebd., 87f.) zu, denn die »Utopie der Arbeitsgesellschaft« hat das Ziel, »die Menschen vom Joch der Arbeit zu befreien« (ebd., 91). Erforderlich ist zudem ein qualitatives und sozialkulturell geprägtes

Wirtschaftswachstum (vgl. ebd., 97). Zur Durchsetzung dieser Ziele setzt Bischoff auf einen »radikalen Kurswechsel« und einen »radikalen Politikwechsel« (ebd., 98); Gewerkschaften und Politik sind Hauptakteure der Durchsetzung (vgl. ebd., 89).

Den Grundeinkommensbefürwortern unterstellt er einen Bruch mit dieser Utopie:

Sie können sich eine Befreiung von der Entfremdung durch die bewusste Organisation und Gestaltung gesellschaftlicher Arbeit nicht vorstellen und plädieren für eine Emanzipation im Gegensatz zur Arbeit (ebd., 82).

Seine Hauptkritik richtet sich gegen die Leugnung der grundsätzlichen Bedeutung von Arbeit durch die GrundeinkommensvertreterInnen. Zum Abschluss seiner Publikation bilanziert Bischoff zusammenfassend:

Wollen die VerfechterInnen des Grundeinkommens nicht als bloße Avantgarde auftreten, müsste das Alltagsbewusstsein der Menschen in ihre Konzepte integriert werden. Die Leugnung der Erwerbsarbeit für die individuelle Selbstbeschreibung, das soziale Umfeld und die gesellschaftliche Stellung ist nicht nur theoretisch falsch. (...) Sie nimmt die Subjekte nicht ernst (ebd., 100).

Zudem bezweifelt Bischoff die Durchsetzbarkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens per Mehrheitsentscheidung (vgl. ebd.).

Fazit: Der Vorwurf, nicht politisch mehrheitsfähig zu sein, mutet allerdings angesichts der Ziele und Forderungen, die Bischoff selbst erhebt, »skurril« an, denn derzeit ist angesichts der realen wirtschaftlichen und politischen Machtkonstellationen auch z.B. für die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung keine Mehrheit – nicht einmal in den Gewerkschaften – auszumachen, geschweige denn in Sicht, und dennoch ist die Aufrechterhaltung der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mehr als sinnvoll. Dass die GrundeinkommensverfechterInnen die Subjekte nicht ernst nehmen, da sie die individuelle Bedeutung der Erwerbsarbeit leugnen, ist wohl zudem als extreme Ausnahmeposition in der laufenden Diskussion zu nehmen. Allenfalls findet sie Anzeichen, dass die *gesellschaftli-*

che Bedeutung der Erwerbsarbeit unterminiert wird. Aber darüber lässt sich vortrefflich streiten, solange die Auseinandersetzung noch anhand konkreter Modelle und Positionen geführt wird. Da lohnt das nähere Hinsehen.

Bischoff geht es in seinem Buch aber nicht um die »Detailarbeit« an einer bestimmten Position, sondern um das »Entweder-Oder«, so etwa in der Verteilungauseinandersetzung:

Entweder soll über die geschwächten Gewerkschaften hinweggreifend eine Fortsetzung der Politik der Arbeitszeitverkürzung und der sozialpolitischen Streuung des gesellschaftlichen Reichtums *oder* aber – bei Akzeptanz des konzentrierten Reichtums und der kapitalistischen Reichtumsproduktion – die Einführung eines allgemeinen Grundeinkommens erreicht werden (ebd., 26; Hervorhebung .S.).

Grundeinkommenspositionen zeichnen sich – in weiten Teilen jedenfalls – dadurch aus, dass sie zur Finanzierung auf eine radikale Umverteilung setzen müssen, um eine halbwegs schlüssige Finanzierbarkeit nachweisen zu können. Selbst der »Flat-tax-Vorschlag« von Althaus und die Gegenfinanzierung durch (fast alle) Leistungen des Sozialstaats bzw. durch das Sozialbudget von über 200 Milliarden Euro kommt ohne eine 10 bis 12%ige Lohnsummensteuer der Arbeitgeber nicht aus (Althaus 2007, 7), was nicht gerade die »Revolution in der Umverteilung« bedeutet, aber immerhin. Andere Vorstellungen greifen äußerst radikal (per Steuerpolitik) in bestehende Verhältnisse ein (vgl. z.B. Welter 2003; 2005). Von »Akzeptanz« kann da keine Rede sein. Derzeit sehe ich keine Position, die auch nur im Sinne von Bischoff zu deuten wäre. Vielmehr sind »synkretistische Positionen« auszumachen, die konventionelle und alternative Ökonomie und Grundeinkommen miteinander verbinden (vgl. z.B. Kitzmüller 2005), somit auf Abwägen und Verständigung setzen. Geht es denn wirklich um ein »Entweder-Oder« oder wäre es z.B. in der Arbeitszeitverkürzungsdebatte hilfreich ein Grundeinkommen zu integrieren, gerade dann, wenn die Position »Arbeitszeitverkür-



zung bei vollem Lohnausgleich« immer unrealistischer wird und die Beschäftigten zurecht fragen, wie Lohnausfälle – für den Fall – kompensiert werden können (vgl. KAB 2005, 15)?

Bischoffs Buch jedenfalls sucht diesen Anschluss nicht, muss dies auch nicht. Das macht es aus, denn hier wird eine deutliche Gegenposition zum Grundeinkommen bezogen, die die Diskussion nur schärfen helfen kann.

⇒ 2. Sammelbände zum Grundeinkommen: Die Diskussion im Überblick

Abschließend seien zwei Sammelbände angezeigt, die den »Bewegungscharakter« des Themas Grundeinkommen unterstreichen.

Der eine Sammelband wurde herausgegeben vom Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt in Österreich und dem Netzwerk Grundeinkommen in Deutschland (2006). Er dokumentiert die Beiträge des ersten deutschsprachigen Grundeinkommenskongresses, der im Oktober 2006 in Wien stattfand. Mehrere Artikel setzen sich u.a. mit dem Zusammenhang von Grundeinkommen und Freiheit auseinander. Zentraler Ausgangspunkt der Mehrheit der Beiträge sind die Wandlungen der »Lohnarbeitsgesellschaft« und die sich daraus ergebenden Herausforderungen für ein neues Arbeits- und Ökonomieverständnis. Dabei werden unterschiedliche Perspektiven und Standpunkte ersichtlich, die einen guten Überblick über Positionierungen im »Bewegungsspektrum« zur Grundeinkommensdiskussion geben. Kritische Zugänge werden keineswegs ausgespart, etwa wenn das Grundeinkommen nicht als universales Heilmittel für die angestrebte Neuverteilung der verschiedenen Formen der Arbeit zwischen Frauen und Männern eingestuft wird (vgl. Notz 2006, 223f).



Der andere Sammelband ist jüngst erschienen und wurde von Andreas Exner, Werner Rätz und Birgit Zenker (2007) herausgegeben. Die Forderung nach einem »guten Leben für alle« zieht

sich wie ein »roter Faden« – in unterschiedlichen Herleitungen und Prioritätensetzungen – durch die Mehrheit der Beiträge. Die Bandbreite der Beiträge reicht von der Positionierung des bedingungslosen Grundeinkommens im Kontext grundlegender sozialer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Umbau- und Transformationsprozesse und alternativer Wirtschafts- und Gesellschaftsentwürfe bis hin zur abwägenden Folgenabschätzung für konkrete Lebensmodelle und soziale wie politische Verhaltensmuster. Im Rückgriff auf den kürzlich verstorbenen André Gorz (2007) wird die Systemimmanenz und –transzendenz eines bedingungslosen Grundeinkommens in den unterschiedlichen Beiträgen ausgelotet.

Fazit: Beide Sammelbände signalisieren in ihrer Fülle kein »Halleluja« für das bedingungslose Grundeinkommen, sondern die »leisen Töne« der realistischen Einschätzung von Folgewirkungen herrscht vor. Und das ist gut so, denn allzu überzogene Erwartungen an ein Grundeinkommen werden nicht weiterhelfen. Grundlage der aktuellen »Bewegungsdiskussion« – und das belegen beide Sammelbände – ist die umfassende Kritik der durch soziale, wirtschaftliche und politische Einschnitte (bewusst) herbeigeführten und sich weiter verschärfenden sozialen Spaltung und zunehmenden Exklusion.

⇒ 3. Abschließende Bemerkungen

Die GrundeinkommensbefürworterInnen suchen nach Alternativen. Dabei geht es ihnen derzeit nicht so sehr um die Auseinandersetzung mit einzelnen Modellen, sondern um Verständigungsgrundlagen, die weiteres gemeinsames politisches Agieren ermöglichen sollen. Und das wird notwendig sein, wenn die Diskussion zu einem bedingungslosen Grundeinkommen nicht ihre »Fähigkeit zum Politikanschluss« verlieren soll. Dass die Grundeinkommensdebatte zum Bewegungsthema taucht, scheint deutlich, ob sie als Politikthema Profil gewinnen kann, hängt von vielen Faktoren ab. Politikfähig ist unter den derzeitigen Bedingungen sicherlich ein Grundeinkommen, welches nach neoliberaler Gangart soziale Leistungen integriert und soziale Problemlagen

individualisiert, also die weitere Demontage des Sozialstaates vorantreibt und vor einer »Strukturdiskussion« bewahrt. Dieser Gefahr wird sich die laufende Diskussion stellen müssen. Sonst könnte das Grundeinkommen schneller kommen als viele denken – allerdings ganz anders, als von vielen erhofft: Als Placebo für die jetzt schon in Abseits Gedrängten und als Mittel zum Ausbau eines öffentlich subventionierten Niedriglohnsektors. So wird sich die »Spreu vom Weizen« trennen müssen, zwischen denen, die ein Grundeinkommen als pragmatische Fortschreibung des Bestehenden unter »leicht geänderten Bedingungen« verstehen und denen, die auf die Aufhebung von Entfremdung aller Formen der menschlichen Arbeit setzen – ganz im Sinne Oskar Negts: »Wer heute vorgibt, die gesellschaftliche Strukturkrise durch pragmatische Einzelschritte, die nicht die Neuorganisation des Systems gesellschaftlicher Arbeit zum Ziel haben, lösen zu können, begibt sich in den Zustand selbstverschuldeter Unmündigkeit, ist Opfer von Fiktionen« (Negt 2002, 584). Auf diese Neuorganisation kommt es an.

P.S. Wer weiterlesen möchte, findet alle notwendigen Beiträge, Bücher, Diskussionsforen usw. als »Lebensaufgabe« und in jedem Fall »bedingungslos« unter der Internetadresse:
<http://www.archiv-grundeinkommen.de>.

⇒ **Literaturverzeichnis**

Althaus, Dieter (2007): Das solidarische Bürgergeld, in: Borchard, Michael (Hg.): Das Solidarische Bürgergeld. Analyse einer Reformidee, Stuttgart: Lucius & Lucius, 2-12

Bischoff, Joachim (2007): Allgemeines Grundeinkommen – Fundament für soziale Sicherheit?, Hamburg: VSA.

Borchard, Michael (Hg.) (2007): Das Solidarische Bürgergeld. Analyse einer Reformidee, Stuttgart: Lucius & Lucius.

Büchtele, Herwig; Wohlgeannt, Lieselotte (1985): Grundeinkommen ohne Arbeit. Auf dem Weg zu einer kommunikativen Gesellschaft, Wien: Europaverlag.

Exner, Andreas; Rätz, Werner; Zenker, Birgit (Hg.) (2007): Grundeinkommen – Soziale Sicherheit ohne Arbeit, Wien: Deuticke.

Gorz, André (2007): Seid realistisch – verlangt das Unmögliche, in: Exner, Andreas; Rätz, Werner; Zenker, Birgit (Hg.) (2007): Grundeinkommen – Soziale Sicherheit ohne Arbeit, Wien: Deuticke, 70-78.

Harrich, Heinz (2007): Grundeinkommen in Europa – bedingungslos oder bedarfsorientiert? Modelle sozialer Sicherung im Vergleich, in: http://www.kab-eurovision.de/mm/mm001/Referat_Harrich1.pdf (10.10.2007)

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Deutschlands (2005): Arbeitszeit ist Lebenszeit – Arbeitszeitoffensive zur Durchsetzung der »Tätigkeitsgesellschaft«, in: http://www.kab.de/mm/Diskussionspapier_arbeitszeit.pdf (10.10.2007).

Kipping, Katja; Blaschke, Ronald (2005): »Und es geht doch um...« - das Gespenst des Grundeinkommens, in: Sozialismus 10, 13-18.

Kitzmüller, Erich (2005): Ein Grundeinkommen gibt ökonomischen Alternativen breitere Chancen, in: Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt - Österreich; Netzwerk Grundeinkommen – Deutschland (Hg.): Grundeinkommen – in Freiheit tätig sein. Beiträge des ersten deutschsprachigen Grundeinkommenskongress, Berlin: Avinus, 69-80.

Kraus, Astrid (2007): Grundeinkommen – cui bono? Auswirkungen auf die Höhe des Arbeitnehmereinkommens, in: Exner, Andreas; Rätz, Werner; Zenker, Birgit (Hg.) (2007). Grundeinkommen. Soziale Sicherheit ohne Arbeit, Wien: Deuticke, 61-69.

Kreutz, Daniel (2005): »Bedingungsloses Grundeinkommen« - Verwirrung, Fallen und Legenden, in: Sozialismus 10, 19-23.

Negt, Oskar (2002): Arbeit und Menschenwürde, Göttingen: Steidl.

Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt - Österreich; Netzwerk Grundeinkommen – Deutschland (Hg.) (2006): Grundeinkommen – in Freiheit tätig sein. Beiträge des ersten deutschsprachigen Grundeinkommenskongress, Berlin: Avinus.

Notz, Gisela (2006): Grundeinkommen und Geschlechtergerechtigkeit – Mit Grundeinkommen die Welt verändern?, in: Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt - Österreich; Netzwerk Grundeinkommen – Deutschland

(Hg.) (2006): Grundeinkommen – in Freiheit tätig sein. Beiträge des ersten deutschsprachigen Grundeinkommenskongress, Berlin: Avinus, 219-230

Opaschowski, Horst W. (2007): Minimex. Das Zukunftsmodell einer sozialen Gesellschaft, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.

Opielka, Michael; Vobruba, Georg (Hg.) (1986): Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung, Frankfurt a.M: Fischer.

Opielka, Michael; Zander, Margherita (Hg.) (1988): Freiheit von Armut. Das Grüne Grundsicherungsmodell in der Diskussion, Essen: Klartext.

Porstmann, Tanja (2007): Wir müssen die Dinge erst denken können, bevor wir sie zu gestalten beginnen. Götz Werner und die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens, in: Schöngest. Magazin für kunst_leben_denken 14, 64-66.

Schlecht, Michael (2006): Bedingungsloses Grundeinkommen, in: Sozialismus 3, 21-23.

Schmid, Thomas (Hg.) (1984): Befreiung von falscher Arbeit, Berlin: Wagenbach.

Vanderborght, Yannick; Van Parijs, Philippe (2005): Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags, Frankfurt, New York: Campus.

Vobruba, Georg (2007): Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Das Grundeinkommen in der Arbeitsgesellschaft, Wiesbaden: VS.

Welter, Ralf (2003): Solidarische Marktwirtschaft durch Grundeinkommen, Aachen: SHaker

Welter, Ralf (2005): Grundeinkommen – Modell für eine solidarische Marktwirtschaft, (unveröffentlichtes Manuskript)

Werner, Götz W. (2007): Einkommen für alle, Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Werner, Götz W. (2007b): »Es geht um Brüderlichkeit«. Der Unternehmer und Professor Götz Werner über sein umstrittenes Modell des Grundeinkommens, in: Frankfurter Rundschau vom 05. Oktober 2007, 2-3.

Zinn, Karl Georg (2007): Leistungsloses Grundeinkommen – menschenfreundlich? in: Sozialismus 2, 19-21.

Zitationsvorschlag

Schäfers, Michael (2007). Literaturreport Grundeinkommen. Positionen im Widerstreit (Ethik und Gesellschaft 1/2007: Prekariat), Download unter: http://www.ethik-und-gesellschaft.de/pdf-aufsaeetze/EuG_1_2007_Rez_1 (Zugriff am [Datum]).

Ethik und Gesellschaft ökumenische Zeitschrift für Sozialethik Ausgabe 1/2007: Prekariat

Hans-Jürgen Marcus

Soziale Exklusion – Erfahrung und Thema in den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden?!

Torsten Meireis

Wer lebt prekär?

Katrin Mohr

Sozialstaatliche Exklusionen

Norbert Wohlfahrt

Ausgrenzung durch Inklusionspolitiken

Andreas Fisch

Ausgrenzung und Leitkultur

Zur integrativen Funktion von »Parallelgesellschaften«

Matthias Möhring-Hesse

Diakonische Inklusion

Die Option für die Armen unter den Bedingungen des aktivierenden Sozialstaats

Peter Bartelheimer

»Lost in Translation«

Kann Sozialberichterstattung politiknah aufklären?
